

Abschlussbericht

Modellprojekt: „Gemeinsam Verein.fachen - Entbürokratisierung im Ehrenamt“

(Laufzeit: März 2024 - Oktober 2025)

Das ehrenamtliche Engagement bildete das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ob im Sport, in der Kultur oder im Sozialbereich - Vereine stifteten Gemeinschaft und leisteten unverzichtbare Beiträge zur Daseinsvorsorge. Besonders in ländlichen Räumen waren sie zentrale Orte der Begegnung.

In den letzten Jahren berichteten Engagierte jedoch zunehmend von einem Missverhältnis: Ein wachsender Teil der ehrenamtlichen Zeit fließt nicht in die inhaltliche Arbeit, sondern in die Bewältigung bürokratischer Anforderungen. Datenschutz, steuerrechtliche Pflichten und komplexe Antragsverfahren führen zu Frustration und Überlastung. Im Gegensatz zur Wirtschaft, in der Gründungen systematisch erfasst und unterstützt werden, fehlte dem Ehrenamt oft eine vergleichbare Lobby und eine automatische Einbindung in Unterstützungsstrukturen.

Das Modellvorhaben „Gemeinsam Verein.fachen - Entbürokratisierung im Ehrenamt“ wurde mit dem Anspruch entwickelt, die strukturellen Belastungen ehrenamtlich geführter Vereine durch bürokratische Anforderungen aufzuzeigen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Vereine mit den wachsenden administrativen Pflichten umgehen - und wie eine Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen gelingen kann. Ziel war es nicht, abstrakt über Bürokratie zu diskutieren, sondern gemeinsam mit den Betroffenen konkrete Belastungspunkte zu identifizieren und praxisnahe Lösungen zu entwickeln

1. Ausgangslage und Projektauftrag

Das Projekt „Gemeinsam Verein.fachen“, konzipiert durch die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und die Hessische Staatskanzlei sowie gefördert von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, trat an, um bürokratische Hindernisse im Ehrenamt zu identifizieren und die Arbeit in Vereinen durch innovative und praxisorientierte Lösungen sowie regionale Kompetenznetzwerke zu erleichtern. Das Projekt basierte auf der zentralen Erkenntnis, dass Engagierte bereits wertvolle berufliche und private Kompetenzen mitbringen. Ziel war es nicht nur, bürokratische Lasten zu benennen, sondern diese vorhandenen Fähigkeiten in **regionalen Kompetenznetzwerken** sichtbar zu machen und durch einen gezielten Erfahrungsaustausch Synergien zur Selbsthilfe zu schaffen. Der Ansatz war bewusst

nicht „top-down“, sondern partizipativ angelegt. „Gemeinsam Verein.fachen“ verstand sich als lernendes Modellprojekt. Es ging darum, Wege zur kollektiven Selbsthilfe zu erproben - durch digitale Werkzeuge, professionelle Moderation und gezielte Qualifizierungsangebote.

2. Organisation und Methodik

- **Organisation:** Die Projektleitung arbeitete eng mit der Steuerungsgruppe und den lokalen Koordinierungsstellen für Bürgerengagement zusammen (KoBe).
- **Partizipation:** In den **zwei ländlichen Modellregionen** (Vogelsbergkreis, Limburg-Weilburg) arbeiteten **31 Vereine aus unterschiedlichen Engagement-Bereichen** in sechs Workshop-Runden zusammen.

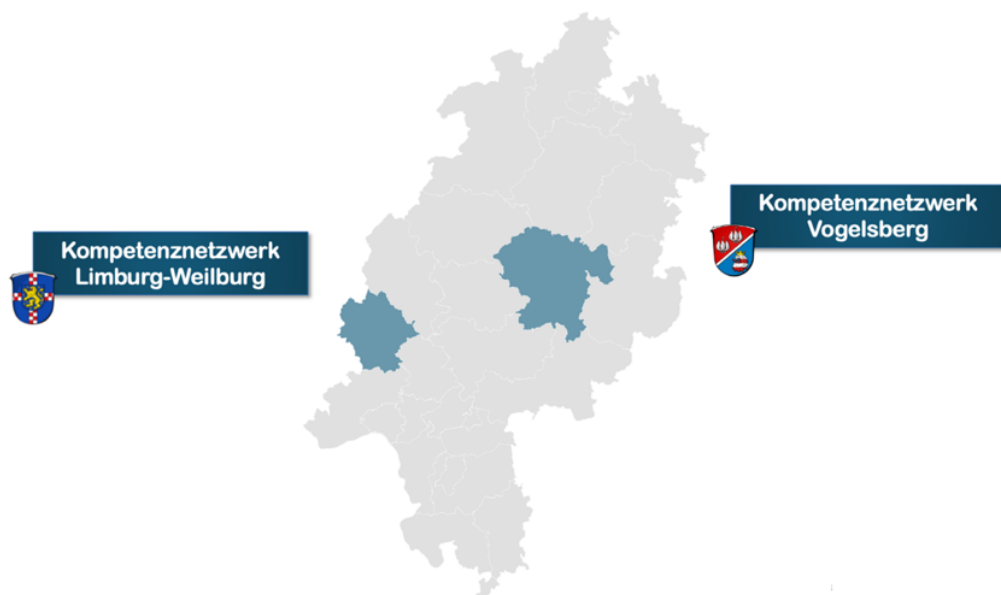


Abbildung 1 Teilnehmende Modellregionen (Eigene Darstellung)

- **Methodenmix:** Neben Workshops kamen zehn leitfadengestützte Interviews sowie Prozessbeobachtungen zum Einsatz. Darüber hinaus wurde das Modellprojekt durch eine **formative Evaluation** begleitet. Dieser Ansatz ermöglichte es, den Prozess während der Laufzeit kontinuierlich anzupassen.

3. Analyse der Belastungssituation

Die Ergebnisse zeigten, dass „Bürokratie“ oft als Chiffre für Intransparenz und fehlende Unterstützung stand. Die Teilnehmenden gewichteten die Herausforderungen wie folgt:

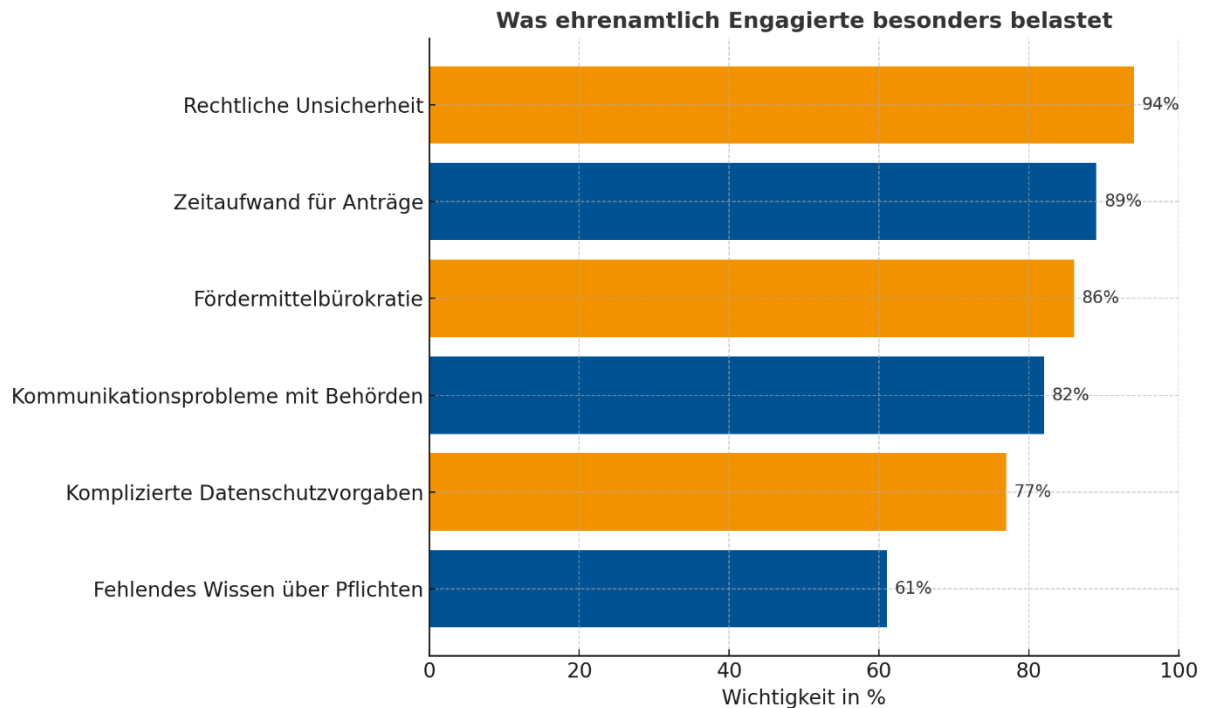


Abbildung 2 Was ehrenamtliche Engagierte besonders belastet (Eigene Darstellung)

Besonders stellten die Teilnehmenden dabei die folgenden Punkte heraus:

- **Wissensveralterung & Kontinuitätsrisiko:** Häufig wurde bei einem Vorstandswechsel veraltetes Wissen unreflektiert tradiert und überholte Informationen weitergegeben.
- **Finden von Informationen:** Es fehlte die Kenntnis über die zentralen Anlaufstellen und die Informationsplattformen.
- **Hilfe im Bedarfsfall:** Der Wunsch nach persönlicher, kompetenter Beratung (Hotline, Ansprechpartner) war groß.
- **Bearbeiten von Aufgaben:** Formulare und Anträge waren zu komplex und nicht standardisiert.
- **Abschaffen überflüssiger Regeln:** Widersprüche zwischen Behördenvorgaben (z. B. Denkmalschutz vs. Brandschutz) erzeugten Frust.

4. Projektergebnisse

4.1 Identifizierte Bedarfe der Projektteilnehmer

1. Sichtbarkeit, Wertschätzung und Motivation

- Ehrenamt braucht Anerkennung und Sichtbarkeit, um Engagierte zu gewinnen und zu halten. Die Steigerung der Attraktivität von ämterbasierten Tätigkeiten ist dafür zentral. Als mögliche Ansatzpunkte wurden hier vor allem die Herabsetzung der Stundenanforderung für die Ehrenamtskarte sowie der Ausbau von öffentlicher Anerkennung durch Medien oder Ehrungen aufgegriffen.
- Auch die Unterstützung bei der Gewinnung neuer Engagierter und bei Vorstandswechseln sind hier entscheidende Faktoren.

2. Informationsweitergabe und Zugänglichkeit

Die Teilnehmenden wünschten sich leicht verständliche, praxisnahe Leitfäden und Checklisten für Vereinsaufgaben, Fördermittelbeantragung und rechtliche Vorgaben, die sie auf einer zentralen Plattform finden können.

Digitale Werkzeuge wie Chatbots wurden als hilfreich für die schnelle Klärung häufiger Fragen wahrgenommen.

3. Förderungen zugänglicher gestalten

Förderprogramme sind für Vereine eine wichtige finanzielle Grundlage, um Projekte, Anschaffungen und die Vereinsarbeit zu ermöglichen. Allerdings sind sie häufig mit erheblichem bürokratischem Aufwand, Unsicherheiten und Ängsten vor Rückforderungen verbunden. Die Zweckgebundenheit und Nachweispflichten wirken oft abschreckend. Es wird gefordert, zwischen kleinen und großen Vereinen zu unterscheiden und die Verfahren anzupassen. Eine stärkere Serviceorientierung der Fördermittelgeber wäre wichtig, um das Ehrenamt zu entlasten und zu stärken. Die teilnehmenden Vereine wünschten sich ein standardisiertes, vereinfachtes Vorgehen mit Checklisten für förderfähige Maßnahmen und die Möglichkeit Nachweise digital einzureichen mit einem transparenteren Abrechnungsmechanismus. Die Möglichkeit, Beratungsleistungen über Fördermittel zu finanzieren, werden ebenso als hilfreich angesehen.

4. Rechtliche Anforderungen erleichtern, Dokumentationspflichten reduzieren

Viele Vereine kämpften mit komplexen rechtlichen Anforderungen. Es bestand Bedarf an klaren, digital unterstützten Abläufen für Mitgliedsverwaltung, Protokollführung und Finanzberichte. Gewünscht wurden vereinsrechtliche Beratung sowie die Digitalisierung von Satzungen und Prozessen.

5. Innerbehördliche Zusammenarbeit

Die Vereine berichten, dass eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Behörden teilweise nicht stattfindet. Von außen wirkt es so, als würden sie

nebeneinander statt miteinander arbeiten, was zu widersprüchlichen Vorgaben und unnötigem Aufwand führen kann. Die behördeninterne Abstimmung wurde daher als verbesserungswürdig angesehen, um redundante Berichts- und Dokumentationspflichten sowie Doppelstrukturen zu vermeiden. Es wurde vorgeschlagen, ein automatisches, datenschutzkonformes System einzuführen, bei dem z. B. das Registergericht nach einem Vorstandswechsel automatisch andere relevante Behörden (Finanzamt, Kommune, Fachverband) informiert. Ebenso wurde die Schaffung einer zentralen Vereinsdatenbank als hilfreich angesehen, um eine gezielte Ansprache von Vertretern und Vereinen zu ermöglichen. Gefordert wird auch eine Bündelung von Stellungnahmen der Behörden. So könnten Behörden intern widersprüchliche Anforderungen (z. B. Denkmalschutz vs. Brandschutz) klären und nur abgestimmte, einheitliche Vorgaben an Vereine weitergeben.

6. Bürokratieabbau durch Digitalisierung ermöglichen

Die Kapazitäten der Vereine werden durch aufwendige Nachweispflichten, Behördengänge und „Papierkram“ stark gebunden. Gerade die Digitalisierung von Prozessen wie vereinfachten Förderanträgen, der Einreichung von Rechnungen und der Vereins- und Mitgliederverwaltung wird von den Teilnehmenden als hilfreich erachtet.

7. Stammtische und Netzwerktreffen etablieren

Der gemeinsame Austausch wurde als besonders wertschätzend und hilfreich angesehen - weshalb vorgeschlagen wurde, regelmäßige themenspezifische Stammtische auf Kreis- und Landesebene durchzuführen, deren Dokumentation allen zur Verfügung gestellt wird.

8. Kostenfreie Fachberatung ermöglichen

Vereine benötigen kompetente Beratung zu rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen. Oft fehlt das Wissen über Anlaufstellen, die unkompliziert, bedarfsgerecht und verständlich helfen. Auch Beratungsförderung (z.B. Beratungs-Spenden) wäre laut Teilnehmenden eine Möglichkeit, um externe Expertise zu ermöglichen.

9. Coaching und Qualifizierungsangebote

Ehrenamtliche brauchen mehr Unterstützung, Wissen und professionelle Begleitung, um steigende Anforderungen zu bewältigen. Zur Stärkung der Selbstorganisation wurde ein Bedarf an Fortbildungen und Austauschformaten genannt,. Coaching könnte darüber hinaus eine individuelle, praxisnahe Unterstützung für Vorstände und Engagierte bieten,. Es geht um die Stärkung von Kompetenzen, Motivation und das Lösen konkreter Probleme.

10. Transformationsprozesse im Vorstand begleiten

Die Aufgaben im Vorstand sind vielfältig: Organisation, Verwaltung, Mitgliedergewinnung, Kommunikation, Nachfolgeplanung, Fusionen etc. Die Anforderungen steigen stetig, was viele Engagierte überfordert.

Aufgabenteilung und moderne Arbeitsmethoden („New Work“) im Vorstand sollten unterstützt werden. Gerade Schulungen zu Vorstandsaufgaben und Wissensmanagement fehlen den Teilnehmenden. Auch hier könnte ein übergreifender Austausch von Best-Practice-Lösungen helfen, beispielsweise gelungene Fusionen und innovative Nachfolgeregelungen.

11. Vereinsfreundlichkeit gesetzlich verankern

Damit Vereinsfreundlichkeit kein Lippenbekenntnis bleibt, forderten die Teilnehmenden eine stärkere Berücksichtigung des Ehrenamts in Gesetzgebungsverfahren. Ziel sollte es sein, das Ehrenamt als geschütztes und zu förderndes Gut im Gesetzgebungsverfahren zu verankern. Dies könnte beispielsweise durch eine „Vereins-Klausel“ geschehen, die Behörden dazu verpflichtet, bei neuen Regelungen stets die Verhältnismäßigkeit für ehrenamtliche Strukturen zu prüfen und Ermessensspielräume zugunsten der Vereine zu nutzen.

12. Haftungsfragen und Rechtssicherheit im Ehrenamt begleiten

Angst vor Fehlern, Rückforderungen und persönlicher Haftung schreckt viele Engagierte ab. Darüber hinaus sind viele Vereine unsicher im Umgang mit Minijobbern oder Honorarkräften und benötigen rechtliche Unterstützung. Durch Schulungen, leicht verständliche Leitfäden und Musterverträge könnten Vereine in ihren Fragen zu Haftungsrisiken, Satzungs- und Dokumentationspflichten unterstützt werden.

13. Regelmäßige Bedarfsermittlung durchführen und Angebote schaffen

Die tatsächlichen Bedarfe der Vereine werden laut der Teilnehmenden zu selten systematisch erfasst. Deshalb sollten dialogische Formate vor Ort etabliert werden, die in eine direkte Handlungskette für ausführende Behörden eingebettet sind. Neben Stammtischen, Vereinsdialogen und Expertenrunden wurde hier auch ein Glossar zur Beantwortung von häufigen Fragen vorgeschlagen.

14. Finanzielle Absicherung und steuerliche Fragen

Vereine brauchen mehr Spenden in Form von Leistungsübernahmen, zum Beispiel durch kostenlose Personalabwicklung oder steuerliche Beratung. Zudem wurde vorgeschlagen, kleine Vereine durch die Einführung einer vereinfachten Steuererklärung zu entlasten. Dadurch könnte der bürokratische Aufwand verringert und mehr Zeit für die eigentliche Vereinsarbeit gewonnen werden. Viele Vereine wünschen sich außerdem Unterstützung bei der rechtssicheren Bildung von Rücklagen. Gezielte Beratungsangebote würden helfen, finanziell stabiler und zukunftsfähiger aufgestellt zu sein.

15. Ausleihe von Gegenständen

Vereine benötigen oft temporär Materialien oder Geräte. Eine zentrale Ausleihplattform mit digitalem Buchungssystem (z.B. Technik, Sportgeräte oder Zelte) könnte hier Abhilfe leisten.

16. Hauptamtliche Unterstützung für das Ehrenamt und Strukturen sichern

- Aus Sicht der Vereine sind hauptamtliche Strukturen wie die Koordinierungszentren für Bürgerengagement (KoBe) ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt. Deren Bestehen sollte dauerhaft sichergestellt werden.
- Um komplexe Fragestellungen zu lösen, wurde der Vorschlag gemacht, interdisziplinäre Teams aus Verwaltung, Ehrenamtlichen und Fachleuten zu bilden. Diese Arbeitsgruppen können zielgerichtet Lösungen erarbeiten und die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten verbessern.

4.2 Fachliche Qualifikation und Lösungsvorschläge

Auch in diesem Projekt wurde deutlich, dass die Vereinsarbeit stark von tradiertem Wissen und informellen Erfahrungswerten geprägt ist. Gerade in komplexen Themenfeldern wie der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder dem Vereinsrecht erweist sich dieses vermeintliche Wissen jedoch häufig als problematisch, da Mythen entstehen, die zu erheblicher Verunsicherung führen. In vielen Vorständen wuchs die Angst vor rechtlichen Konsequenzen, was schleichend zu einem Stillstand führte. Geburtstagslisten wurden gelöscht, die Öffentlichkeitsarbeit eingestellt und Projekte aus Sorge vor möglichen Fehlern gar nicht erst begonnen. Die Haltung „Lieber weniger tun, bevor wir Schwierigkeiten bekommen“ beeinträchtigt das gesellschaftliche Engagement und die öffentliche Sichtbarkeit der Vereine nachhaltig.

Diese Unsicherheiten wirken sich stark auf das Innenleben der Vereine aus. Ein zentrales Thema war die zunehmende Schwierigkeit, Menschen für Vorstandsämter zu gewinnen. Viele Engagierte berichteten, dass sich kaum noch Personen finden, die bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen - nicht wegen des zeitlichen Aufwands, sondern aufgrund der abschreckend wirkenden rechtlichen und formalen Verpflichtungen.

Ein Vorstandsmitglied brachte die Situation wie folgt auf den Punkt: „Ich habe Angst, dass ich für etwas haftbar gemacht werde, von dem ich gar nichts wusste.“

In der Folge bleiben Ämter unbesetzt oder erfahrene Engagierte verharren über Jahre hinweg in ihren Funktionen, obwohl sie längst entlastet werden müssten.

Diese Herausforderungen machten deutlich, dass den Vereinen weniger das Engagement fehlt, sondern vielmehr Orientierung, Rechtssicherheit und praxistaugliche Unterstützung. Während im vorherigen Kapitel die Problemfelder identifiziert wurden, konzentrierte sich die Analyse in dieser Phase auf die Wirksamkeit spezifischer Unterstützungsmaßnahmen. Um den Kreislauf aus Unsicherheit und Rückzug zu durchbrechen, wurden die Teilnehmenden gefragt, welche konkreten Instrumente sie im Alltag tatsächlich befähigen würden.

Maßnahmen zur Stärkung der Vorstände

Die folgende Auswertung identifiziert jene Maßnahmen, die ehrenamtliche Vorstände in ihrer täglichen Arbeit effektiv entlasten und absichern:

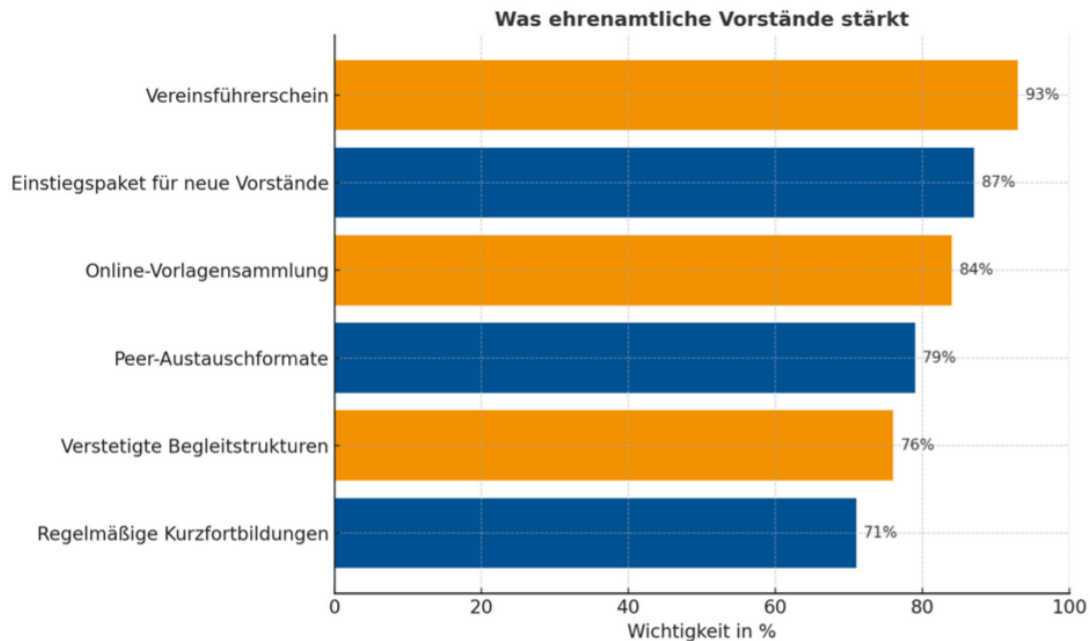


Abbildung 3 Was ehrenamtliche Vorstände stärkt (Eigene Darstellung)

Die Ergebnisse in Abbildung 3 zeigen deutlich, dass vor allem strukturierte Hilfsmittel und eine Professionalisierung des Einstiegs den größten Hebel bieten.

Besonders hohe Zustimmung erhielten grundlegende Qualifizierungsangebote, wie etwa ein „Vereinsführerschein“, sowie strukturierte Einstiegspakete für neue Vorstandsmitglieder. Durch diese Maßnahmen wird den Vorstandsmitgliedern Sicherheit im Umgang mit rechtlichen und organisatorischen Anforderungen vermittelt und die Hemmschwelle zur Übernahme von Verantwortung gesenkt.

Ergänzend dazu wurden zentrale Online-Vorlagensammlungen, regelmäßige Kurzfortbildungen sowie Peer-Austauschformate als wirksame Instrumente benannt, um Unsicherheiten abzubauen und den Arbeitsaufwand zu reduzieren. Ebenso wurde der Bedarf an verstetigten Begleitstrukturen deutlich, die Vereine langfristig unterstützen und zur Selbsthilfe befähigen.

Datenschutz als Beispiel für gezielte Entlastung

Speziell beim Thema Datenschutz wurde deutlich, dass nicht „mehr Regeln“, sondern verständliche Leitplanken benötigt werden:

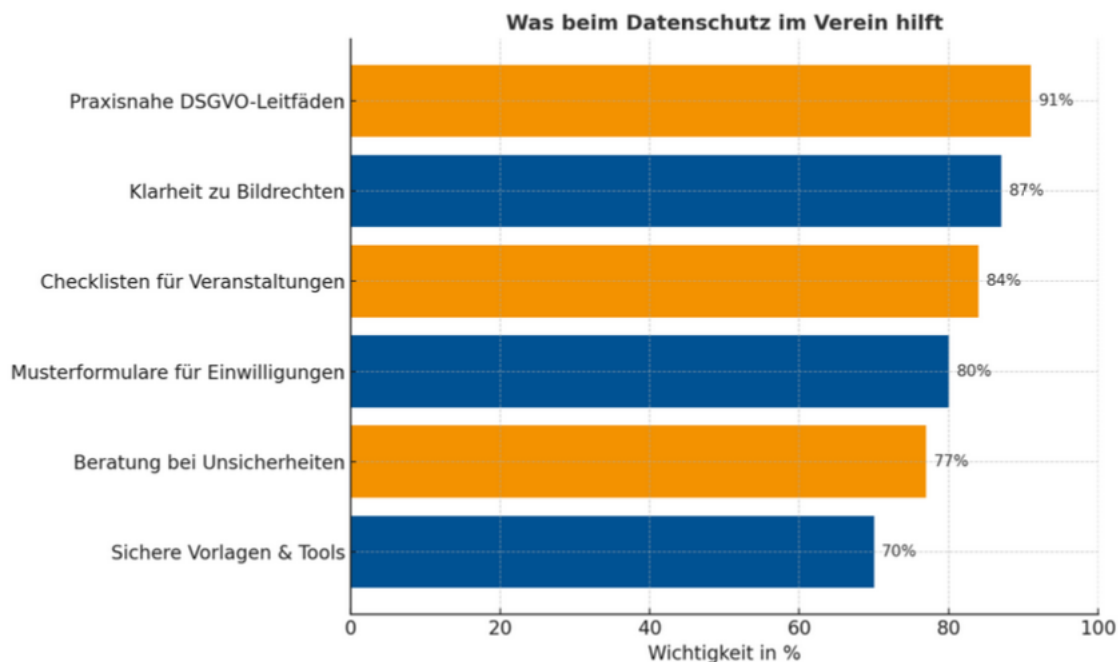


Abbildung 4 Was beim Datenschutz im Verein hilft (Eigene Darstellung)

Die Grafik verdeutlicht, dass eine nachhaltige Stärkung nicht durch zusätzliche Pflichten, sondern durch Qualifizierung, Entlastung und verlässliche Strukturen erreicht wird.

Umsetzung in der zweiten Projektphase

Die in der ersten Projektphase identifizierten Bedarfe bildeten die Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung der zweiten Projektphase. Um den beschriebenen Kreislauf aus Unsicherheit, Rückzug und Stillstand zu durchbrechen, setzte das Projekt ab Januar 2025 gezielt auf eine Professionalisierung durch fachliche Qualifikation und Fortbildung.

Durch die Einbindung von Expertinnen und Experten aus den Bereichen Steuerberatung, Wirtschaftsförderung und Datenschutz konnten die teilnehmenden Vereine ihre Fragestellungen auf ein fundiertes und verlässliches Fundament stellen. Ein besonderer Mehrwert lag in der gezielten Aufarbeitung von Vorurteilen und Falschinformationen, die in vielen Vorständen über Jahre hinweg verfestigt waren.

Der direkte Austausch mit Fachleuten ersetzte vage Vermutungen durch belastbare Fakten und schuf die notwendige Rechtssicherheit, damit die Vereine wieder handlungsfähig und mutig agieren können.

4.3 Einsatz von KI-gestützten Werkzeugen

Neben der fachlichen Qualifikation stellte sich im Projektverlauf zunehmend die Frage, wie Vereine im Alltag dauerhaft entlastet und dazu befähigt werden können, sich selbstständig zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund rückte der Einsatz KI-gestützter Werkzeuge in den Fokus.

Im Verlauf des Projekts zeigte sich, dass Large Language Models (LLMs) und andere KI-basierte Anwendungen eine bedeutende Rolle bei der Identifizierung, Strukturierung und Bearbeitung wiederkehrender Fragestellungen spielen können. Insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Recht, Steuern und Förderung erwiesen sich diese Werkzeuge als hilfreich, um Informationen niedrigschwellig zugänglich zu machen und eine erste Orientierung zu bieten.

Ein zentraler Ansatz war der Einsatz eines auf ChatGPT basierenden Sprachmodells zur Bearbeitung prägnanter Fragestellungen. In Zusammenarbeit mit der Agentur Quentchen & Glück wurde ein spezifischer Prompt entwickelt, der sich an ausgewählten, verlässlichen Quellen orientiert. Zur Überprüfung der Praxistauglichkeit wurde ein Prototyp entwickelt, der in mehreren Iterationen gemeinsam mit den teilnehmenden Vereinen getestet und weiterentwickelt wurde.

Die Rückmeldungen waren überwiegend positiv. Die Vereine nahmen den Chatbot als innovatives Instrument wahr, das zur spürbaren Entlastung der Ehrenamtlichen beiträgt. Die KI wurde insbesondere für die Erstberatung und zur Informationsgewinnung genutzt, etwa zur Vorbereitung von Entscheidungen, Vorstandssitzungen oder Gesprächen mit externen Stellen. In einzelnen Fällen konnten dadurch auch Kosten reduziert werden, beispielsweise durch einen geringeren zeitlichen Aufwand bei Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälten sowie Steuerberaterinnen und Steuerberatern.

Gleichzeitig wurden die Grenzen und Risiken des KI-Einsatzes klar benannt. Dazu zählen mögliche Fehlinformationen, Datenschutzfragen sowie die fehlende rechtliche Verbindlichkeit der generierten Antworten.

5. Die 9 Empfehlungen der Engagierten

Um ihre Arbeit in Zukunft zu erleichtern, haben die Teilnehmenden die folgenden neun Handlungsempfehlungen formuliert:

1. **Verbesserung der Informationsweitergabe und Digitalisierung:** Aufbau einer zentralen digitalen Informationsdrehscheibe mit FAQ, Checklisten und einem erprobten Chatbot.
2. **Vereinfachte Förderung:** Reduktion von Nachweispflichten, Pauschalen für kleine Vereine und Flexibilisierung der Mittelverwendung.
3. **Behörden-Automatisierung:** Automatischer Datenaustausch zwischen Registergericht, Finanzamt und anderen Stellen (One-Only-Prinzip), um Vereine von Meldepflichten zu entlasten. Eine automatische Information bei Neugründung eines Vereins zu Ansprechpartnern im Land(-Kreis) wäre hilfreich.
4. **Rechtssichere Standards:** Bereitstellung geprüfter, digitaler Vorlagen für Satzungen und Protokolle.
5. **Beratung & Coaching:** Ausbau kostenfreier Fachberatung und Einführung von Coaching-Budgets für Vorstände.
6. **Vernetzung vor Ort:** Institutionalisierung von Stammtischen und Netzwerktreffen zum Erfahrungsaustausch.
7. **Sichtbare Wertschätzung:** Ausbau der Ehrenamtskarte (Zugangshürden senken) und öffentliche Anerkennungskultur.
8. **Innerbehördliche Abstimmung:** verschiedenen zuständige Behörden sollten sich intern abstimmen (Bündelung von Stellungnahmen), bevor widersprüchliche Auflagen an Vereine versandt werden.
9. **Transfer & Skalierung:** Erfolgreiche Ansätze aus den Modellprojekt sollen als Vorbild dienen.

6. Fazit und strategischer Ausblick

Das Projekt „Gemeinsam Verein.fachen“ war weit mehr als eine reine Bestandsaufnahme - es entwickelte sich zu einem echten Labor für die Zukunft des Ehrenamts. Die Ergebnisse zeigen: Es mangelt nicht an Engagement oder an Strukturen, sondern an deren Vernetzung, Wissensaustausch und Sichtbarkeit. Besonders deutlich wurde, dass Engagierte keine passiven Empfänger von Vorgaben sein wollen, sondern bereit sind, aktiv mitzugestalten - vorausgesetzt, sie erhalten die passenden Werkzeuge und Rahmenbedingungen.

Besonderen Dank gilt vor allem den teilnehmenden Vereinen und den Koordinierungszentren für Bürgerengagement, die ihre Praxiserfahrung im Projekt geteilt haben und daran mitgewirkt haben, Lösungsansätze zu finden!

Namentlich waren dies:

Aus dem Vogelsbergkreis: AWO-Kreisverband Vogelsbergkreis e.V., Nachbarschaftshilfe Schotten e.V., VdK-Kreisverband Lauterbach, SV „Frisch auf“ Berfa 1926 e.V., Kinderbetreuungsverein Regenbogen e.V., Alsfelder Tafel e.V., Schlosspatrioten Homberg an der Ohm e.V., Therapiehunde Osthessen e.V., Freundeskreis Vogelsberg e.V., Bezirkslandfrauenverein Lauterbach, Obst- und Gartenbauverein Appenrod.

Aus dem Landkreis Limburg-Weilburg: Dehrner Krebsnothilfe e.V., Feuerwehr Obertiefenbach e.V., Hallenbadverein Offheim e.V., Hospizdienste Limburg e.V., Karnevals-Club Hirschhausen 1997 e.V., DLRG-Kreisverband Limburg-Weilburg e.V., Pinocchio '90 e.V., RSV Weyer e.V., Sängerbund Dehrn e.V., Sportverein Rot-Weiß Hadamar, TuS Weilmünster 1903 e.V., TV-Niederbrechen 1901 e.V., Förderverein Grundschule Hadamar e.V., Förderverein zur Erhaltung der Burgruine Freienfels e.V., KIZ - Kubacher Initiative Zusammenhalt e.V., Freiwillige Feuerwehr Bad Camberg e.V., VfR 07 Limburg e.V. .

Gefördert durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) und die Hessische Staatskanzlei.



Gefördert durch

**Deutsche Stiftung für
Engagement und Ehrenamt**



HESSEN
Hessische Staatskanzlei